

Übersichten

Februar 2003

Außenpolitik

1 Chinesischer Alptraum Nordkorea

Angesichts der eigenen strategischen Interessen in Nordostasien sieht sich China in der gegenwärtigen krisenhaften Entwicklung im Zusammenhang mit dem Verhalten Nordkoreas in einer zunehmend schwierigen Situation. Liegen Chinas Sympathien aufgrund der wirtschaftlichen Perspektiven längst im Süden der koreanischen Halbinsel, ist der chinesischen Regierung doch mit Blick auf die potenziellen Auswirkungen andererseits keinesfalls an einem Zusammenbruch der Demokratischen Volksrepublik Korea gelegen. Stabilisierung des Status quo und Deeskalation stehen daher auf Beijings Fahnen.

Aber auch hier tut sich die chinesische Regierung offensichtlich sehr schwer. Zunächst wurde auch Beijing von dem plötzlichen konfrontativen Verhalten Nordkoreas in der Frage seines Atomprogramms scheinbar ebenso überrascht wie andere Staaten der Region. Eine atomare Aufrüstung auf der koreanischen Halbinsel widerspricht er-

klärtermaßen den strategischen Interessen Beijings. Folgerichtig begrüßte die chinesische Regierung auch die Resolution der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA vom 12. Februar 2003, in der Nordkorea ein Verstoß sowohl gegen die mit der IAEA geschlossenen Vereinbarung zur Überwachung seiner Atomanlagen als auch gegen den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen vorgeworfen wird. Aus Letzterem hatte sich Nordkorea allerdings ohnehin zuvor bereits zurückgezogen.

Gleichzeitig dürfte es jedoch auch nicht zuletzt auf die Einflussnahme Beijings zurückzuführen sein, dass diese Resolution zwar dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vorgelegt wurde, dieser in der Erklärung jedoch nicht dazu aufgefordert wurde, sich mit der Angelegenheit zu befassen. Die chinesische Regierung ist strikt gegen eine Internationalisierung der Nordkorea-Krise, die sie in erster Linie als Konflikt zwischen Nordkorea und den Vereinigten Staaten interpretiert. Zu deutlich hat Beijing die Eigendynamik vor Augen, die sich im Zuge der Behandlung der Irak-Frage durch den Sicherheitsrat entwickelte. Entsprechend unterstützt China die von beiden Koreas gleichermaßen vortragene Forderung, die USA sollten in direkte Verhandlungen mit Pyongyang eintreten, um die derzeitige Krise durch bilateralen Dialog beizulegen.

Im Zentrum eines solchen Dialogs dürften aus nordkoreanischer Sicht verbriefte Sicherheitsgarantien der USA für den kommunistischen Staat stehen, wofür letztlich auch Beijing durchaus mehr als nur heimliche Sympathien hegt. Zum einen könnten derartige Garantien – so das chinesische Kalkül – mittelfristig die nicht nur mit dem Schutz Südkoreas, sondern auch mit amerikanischen Sicherheitsinteressen begründete Legitimation der Stationierung von US-Truppen im Süden der koreanischen Halbinsel entfallen. Zum anderen könnte Nordkorea eine solche Garantie mit Sicherheit ausschließlich mit dem Verzicht auf ein eigenes Atomprogramm erkaufen, und eine nuklearwaffenfreie koreanische Halbinsel und darüber hinausgehende nordostasiatische Region ist ohnehin ein wichtiges langfristiges Ziel der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Eine durch mehr oder weniger irrationales Verhalten Nordkoreas ausgelöste Eskalation und Destabilisierung der Sicherheitslage in der Region hingegen, so Beijings Überlegungen, könnte u.a. dazu führen, dass Japan seine reservierte Haltung gegenüber den amerikanischen Initiativen für einen Raketenschutzschild unter Einbeziehung der Verbündeten in Asien aufgebe. Auch könnten sich ohnehin bereits erstarkte Kreise in der japanischen Politik durchsetzen, die einer Aufrüstung das Wort reden und auch vor dem Tabuthema atomare Bewaffnung nicht zurückschrecken. In jedem Falle wären erhebliche Veränderungen der strategischen Balance in Ostasien die Folge, von denen China keine positiven Auswirkungen auf die eigene Position erwarten kann. Wettrüsten und Destabilisierung liefen allen chinesischen Anstrengungen zuwider, ein stabiles und ruhiges Umfeld für das eigene Reformprojekt zu schaffen, das ohnehin in eine überaus schwierige Phase eintritt.

Die schlechteste Lösung wäre aus chinesischer Sicht daher eine weitere Eskalation mit der Folge eines militärischen Eingreifens der USA – so unwahrscheinlich eine solche Entwicklung angesichts der Bindung der amerikanischen Kräfte in der Golfregion und des Widerstands gegen jede Form militärischer Intervention seitens der internationalen Gemeinschaft derzeit auch sein mag. Das bislang trotz seiner Medienwirksamkeit bisher eher marginale Problem der nordkoreanischen Botschaftsflüchtlinge in China könnte im Zuge wirtschaftlicher Sanktionen, mit denen die USA bereits drohten, oder gar militärischer Handlungen zwischen den Kontrahenten schnell zu einem unkalkulierbaren Exodus von Hunger- oder Kriegsflüchtlingen anwachsen, der durchaus das Potenzial besäße, im Nordosten Chinas politisch destabilisierend zu wirken.

Auch für die Vereinigten Staaten kommt angesichts der Auseinandersetzung mit dem Irak die Krise um Nordkorea zur Unzeit. Entsprechend hatte auf Seiten der USA Richard Armitage Ende Januar in einer öffentlichen Stellungnahme in Moskau im Hinblick auf die von Nordkorea geforderten Sicherheitsgarantien der USA bereits ein gewisses Entgegenkommen signalisiert, im Gegenzug auf

den nordkoreanischen Verzicht auf ein eigenes Atomprogramm entsprechende verbrieft Garantien für die Sicherheit Nordkoreas in Aussicht gestellt. Ein formeller Nichtangriffspakt auf Gegenseitigkeit war jedoch zum selben Zeitpunkt kategorisch ausgeschlossen worden.

In der Zwischenzeit, so scheint es, sind die USA allerdings auch von ersterem Vorschlag wieder abgerückt. Vielmehr versuchte man in Washington wiederholt Druck auf die chinesische Regierung auszuüben, die Rolle des Vermittlers einzunehmen. Dies lehnt China jedoch bislang ab. Letztlich stellt sich hier auch die Frage, ob die Vereinigten Staaten die politischen Einflussmöglichkeiten und außenpolitischen Kapazitäten Chinas in der gegenwärtigen Situation nicht ohnehin unrealistisch einschätzen. Vieles deutet vielmehr darauf hin, dass Beijing sich nicht nur aus eigenen Interessen gegen eine solche Vermittlung sträubt, sondern angesichts seines über die Jahre geschwundenen Einflusses auf Nordkorea schlicht das eigene Scheitern in einer Rolle vermeiden will, die es seinem Anspruch als Ordnungsmacht in Asien zufolge eigentlich ausfüllen müsste.

Einige Kommentatoren gehen auch davon aus, dass sich im Hinblick auf das außenpolitische Verhalten Chinas in der Nordkorea-Krise darüber hinaus ein Generationenkonflikt in der chinesischen Regierung, in den Beratungsgremien und in der Bürokratie entwickelt hat. Während jüngere Politiker und Beamte China insgesamt als Reif für eine stärker proaktive Rolle sehen und ein aktives Engagement in der Nordkorea-Frage befürworten, zeigen sich ältere deutlich zurückhaltender und verweisen hierbei auf die internen Probleme des eigenen Reformprojekts, die eine Konzentration aller Kräfte erforderten.

So blieben auch die Gespräche, die der amerikanische Außenminister Colin Powell Ende Februar mit seinem chinesischen Amtskollegen Tang Jiaxuan und Vizepräsident Hu Jintao in Beijing führte, aus amerikanischer Sicht erfolglos. Das chinesische Außenministerium betonte in diesem Zusammenhang zwar wiederholt, es gäbe keine Meinungsunterschiede zwischen Beijing und Washington über die Not-

wendigkeit der Lösung der Nuklearfrage mit Nordkorea über den Dialogweg. China unterstützt jedoch weiterhin die nordkoreanische Forderung nach direkten Verhandlungen mit den USA, die im Übrigen auch von Südkorea geteilt wird.

Obgleich bislang nicht in Form eines offenen Antagonismus vorgetragen, bestehen zwischen den USA und China so grundsätzlich gegensätzliche Ansichten zu möglichen Wegen zur Bewältigung gleich zweier wichtiger Krisen – Irak und Nordkorea. Allerdings ist Beijing nach der Phase der erneuten Annäherung beider Staaten im Zuge der internationalen Kampagne gegen den Terrorismus sehr darum bemüht, das neu gewonnene Vertrauen – so weit es denn besteht – nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Man verstehe durchaus, so hieß es in Beijing, die amerikanischen Wünsche und Interessen im Hinblick auf Nordkorea. Man sei durchaus bereit, eine hilfreiche Rolle zu spielen und wolle gegenüber Nordkorea in entsprechender Weise initiativ werden. Dies sei jedoch kein Thema, über das man sich in der Öffentlichkeit äußern wolle. Ob es sich bei diesen Ende Februar gemachten Ausführungen jedoch um eine Aufgabe der bisherigen passiven chinesischen Haltung handelt, darf bezweifelt werden. Schließlich hatte sich die chinesische Regierung bereits Mitte Februar in ähnlichen Worten gegenüber Südkorea zu seiner Verantwortung bekannt, ohne dass diesen Worten erkennbar auch Schritte gefolgt wären. Bislang unterbreitete man lediglich das Angebot, Beijing könnte als Gastgeber für direkte Gespräche zwischen den unmittelbar beteiligten Parteien – Nordkorea, die USA und Südkorea – fungieren. (RMRB online, 8.2.03, nach BBC PF, 10.2.03; ZXS, 13.2.02, nach BBC PF, 14.2.03; ZXS, 20.2.03, nach BBC PF, 21.2.03; Xinhua, 13.2.03, nach BBC PF, 14.2.03; XNA, 14.2.03; RMRB online, 23.1.02, nach FBIS, 7.2.03; FT, 8./9.2., 10.2., 14.2.03; NZZ, 3.2., 11.2., 14.2., 19.2., 22./23.2., 25.2., 28.2.03; HB, 11.2., 18.2., 27.2.03; WSJ, 4.2., 7.2., 11.2., 25.2.03; IHT, 27.2.03) -kg-

2 Chinas Position in der Irak-Frage

Verfolgte man bisher die internationalen Nachrichten über die Behandlung der Irak-Krise, so konnte man den Eindruck gewinnen, China habe bislang dazu überhaupt nicht Stellung bezogen und sei trotz seiner Stellung als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates von den Hauptakteuren auch kaum konsultiert worden. Betrachtet man jedoch beispielsweise die Stellungnahme, die der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan am 5. Februar vor dem UN-Sicherheitsrat abgab, so bezieht China – zwar diplomatisch verklausuliert – doch deutlich Stellung.

Die Tatsache, dass die meisten Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrats in dieser Sitzung durch ihre Außenminister vertreten würden, beweise, dass alle Seiten dem Sicherheitsrat in dieser Sache große Bedeutung beimäßen, so Tang gleich im ersten seiner fünf Punkte umfassenden Rede. Hier kann man wohl durchaus einen auf der grundsätzlichen Haltung Chinas basierenden Appell herauslesen, die Lösung der Krise solle man allein dem Sicherheitsrat überlassen und von Initiativen außerhalb dieses Gremiums absehen.

Obgleich positiv als Dank für die seitens der USA durch die Übermittlung von Informationen über irakische Massenvernichtungswaffen an die anderen Mitglieder des Sicherheitsrats hergestellte Transparenz formuliert, ist im zweiten Punkt der Rede doch auch deutliche Kritik enthalten. So stehe es dem Sicherheitsrat zu, als Erster über die Erkenntnisse der UN-MOVIC und der IAEA informiert zu werden. Man erinnert sich, dass die USA in bilateralen Gesprächen mit Vertretern dieser beiden Organisationen offensichtlich schon vor den anderen Mitgliedern des Sicherheitsrats Informationen erhalten hatten.

In Punkt vier und fünf strich Tang dann in aller Deutlichkeit die chinesische Hoffnung heraus, der gegenwärtige Konflikt könne auf diplomatischem Wege friedlich beigelegt werden. Dazu bedürfe es, das sei der Schlüssel zur Bewältigung der Krise, der Umsetzung der Resolution 1441 durch die Fortsetzung der Inspektionen. Al-

le weiteren Entscheidungen seien allein dem Sicherheitsrat vorbehalten, dessen Mitglieder dann über weitere Schritte gemeinsam auf der Grundlage der Erkenntnisse der Inspektoren zu entscheiden hätten – eine klare Absage an jeden Automatismus. China werde sich mit aller Kraft für eine friedliche Lösung auf diesem Wege einsetzen, so Tang abschließend.

Im Zentrum der chinesischen Stellungnahmen steht immer wieder die Absage an jede Form von Lösungsansätzen außerhalb des Sicherheitsrats. In Appellen setzten sich verschiedene Vertreter der chinesischen Regierung immer wieder für eine Stärkung des Sicherheitsrats ein. Bewahrte man zunächst in konkret auf den Irak bezogenen Stellungnahmen eine gewisse Ambiguität, so schlug sich China Mitte Februar letztlich auf die Seite Frankreichs, Deutschlands und Russlands und unterstützt seither grundsätzlich deren Haltung gegen die USA und Großbritannien.

Weder telefonische Diskussionen zwischen Jiang Zemin und George W. Bush noch persönliche Unterredungen Colin Powells mit hochrangigen Regierungsvertretern während seines Chinabesuchs Ende Februar konnten verhindern, dass China sich anschließend definitiv gegen die amerikanische Initiative stellte, dem Irak mittels einer zweiten Resolution des Sicherheitsrats ultimativ die Anwendung von Gewalt anzudrohen. Dass Powell die Gespräche exzellent nannte und seine chinesischen Partner, die nicht müde wurden, die langfristige und strategische Bedeutung guter Beziehungen zwischen der VRCh und den USA zu betonen, kann jedoch über die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Staaten nicht hinwegtäuschen. China lehnt die amerikanische Haltung, den Willen zur militärischen Intervention, ab. Man beharrt in Beijing vielmehr auf der Fortsetzung der Waffeninspektionen und erklärte sich in diesem Zusammenhang auch zu weiterer personeller und technischer Unterstützung der Missionen von UN-MOVIC und IAEA bereit. Allein die Stärkung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ist aus chinesischer Sicht geeignet, dem wachsenden Unilateralismus Paroli zu bieten, der die chinesische Vision eines multipolaren

Weltsystems mit einem starken Partner China zunichte zu machen droht.

Chinesische Politikwissenschaftler sahen in der Behandlung der Irak-Frage durch die chinesische Regierung die große Reife manifestiert, die die chinesische Diplomatie inzwischen kennzeichne. Chinesische Diplomaten und Regierungsvertreter übten in ihren öffentlichen Stellungnahmen große Zurückhaltung, offensichtlich nicht zuletzt, um nicht einen neuen Antagonismus zu den USA heraufzubeschwören. Die deutlich kritischen Töne insbesondere gegenüber den USA für das chinesische Publikum aber auch als Signal ins Ausland blieben in bereits gewohnter Manier den chinesischen Medien vorbehalten. Die *Volkszeitung* kommentierte so beispielsweise Mitte Februar, die USA seien bislang jeglichen Beweis dafür schuldig geblieben, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besitze oder Verbindungen zur Al Qaida unterhalte.

Die Gründe, die die Vereinigten Staaten für einen Angriff auf den Irak ins Feld führten, entbehrten darüber hinaus auch jeder Logik. So sei es wohl kaum überzeugend, dass sich die USA durch einen Militärschlag gegen Bagdad vor einer direkten und akuten Bedrohung seitens des Irak schützen müssten. Gehe es jedoch um eine Bedrohung des Irak für den Weltfrieden im Allgemeinen, so die Kommentatoren der *Volkszeitung* weiter ganz Sprachrohr der chinesischen Regierung, so liege es einzig in der Zuständigkeit des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, Gewaltanwendung zu beschließen; unilaterale Aktionen einzelner Staaten könnten hingegen nicht akzeptiert werden. (Xinhua, 5.2.03, nach BBC PF, 7.2.03; Xinhua, 5.2.03, nach BBC PF, 6.2.03; XNA, 14.2., 15.2., 16.2., 25.2., 26.2.03; NZZ, 26.2.03) -kg-

3 UN-Mission mit chinesischer Beteiligung

Erstmalig seit 1992 entsendet China wieder ein größeres Militärkontingent zu einer UN-Friedensmission. Die Bekanntgabe der bevorstehenden Entsendung von 175 Offizieren und Soldaten sowie eines 43 Mann starken medizinischen Teams in die Demokratische Republik Kongo geriet in China Mit-

te Februar zu einem Special Event für ausländische Journalisten, wurde dieses doch eine rare Gelegenheit, an einem eigens organisierten Besuch des Armeestützpunktes in der Nähe von Beijing teilzunehmen, in dem die ausgewählten Soldaten stationiert sind.

Die Nachricht, die ein Offizier an die ausländischen Reporter weitergab, war deutlich: Nicht zuletzt nach dem Beitritt zur WTO wolle sich China international weiter integrieren und stärker engagieren. Auch die Volksbefreiungsarmee wolle im Rahmen von UN-Missionen ihren Beitrag leisten und sich dem Ausland stärker öffnen. Vor dem Hintergrund von Irak- und Nordkorea-Krise reagiert die chinesische Regierung mit diesem Versuch einer medialen Inszenierung für das Ausland offensichtlich auf die international von Zeit zu Zeit geäußerte Kritik, China werde seiner Rolle als Ständiges Mitglied im Weltsicherheitsrat nicht hinreichend gerecht, solange es friedenssichernden Maßnahmen der Vereinten Nationen fernbleibt.

Mit einigem Befremden war beispielsweise aufgenommen worden, dass China trotz entsprechender Anfragen nicht mit eigenen Soldaten in Afghanistan präsent sein wollte, obwohl es sich um einen potenziellen Krisenherd an der unmittelbaren Peripherie Chinas handelt.

Die Volksrepublik China entsendet überhaupt erst seit 1990 eigenes Personal zu UN-Missionen. Das größte Kontingent stellte sie bislang von 1992 bis 1994 in Kambodscha. Bei den damals ca. 800 Armeeinghörigen handelte es sich jedoch fast ausschließlich um „Bausoldaten“ mit nicht militärischen Aufgaben. Darüber hinaus nahmen seit 1990 bis dato insgesamt ca. 650 Militärbeobachter, Verbindungs-offiziere und Berater an friedenssichernden Maßnahmen der Vereinten Nationen teil. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang sicher die Polizeikräfte, die zeitweilig zur Unterstützung der Ordnungskräfte in Ost-Timor und in Bosnien stationiert waren.

Auch bei den 800 Soldaten, die nun in den Kongo entsandt wurden, handelt es sich jedoch wieder um eine Ingenieur-Brigade. Diese sollen, im Osten des Landes entlang der Grenze zu Ruanda stationiert, dann in erster Li-

nie beim Wiederaufbau von Straßen, Brücken und Flughäfen zum Einsatz kommen. Damit sendet Beijing nicht zuletzt eines seiner zahlreichen Signale des Werbens um den afrikanischen Kontinent aus, die seit einigen Jahren insbesondere im Bemühen um wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Schmieden von politischen Koalitionen zu beobachten sind.

Dieses Bemühen um Afrika könnte auch hinter der ausgedehnten Reise gestanden haben, die Li Ruihuan noch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Nationalen Politischen Konsultativkonferenz im Februar unternahm. Angesichts des auffällig dünnen offiziellen Programms, durch das sich die jeweils zwischen vier und fünf Tage dauernden Besuche in Tansania, Namibia und Sambia auszeichneten, handelte es sich bei dieser offiziellen Goodwill-Reise jedoch eher um eine Urlaubsreise zum Abschluss der politischen Karriere des 73-Jährigen, der inzwischen sein Amt räumte. (WSJ, 12.2.03; XNA, 11.2., 14.2., 15.2.03) -kg-

4 Erste „Direktflüge“ von Shanghai nach Taipei

Pünktlich zur Reisesaison um das chinesische Neujahrsfest kam der Durchbruch: Erstmals seit dem Ende des chinesischen Bürgerkriegs sollte die Zivilluftfahrt Passagierflüge zwischen Shanghai und Taiwan durchführen. Bereits am 7. Januar hatten die chinesischen Behörden die Anträge der taiwanischen China Airlines für Charterflüge zwischen Shanghai und Taipei genehmigt, die Behörden Taiwans folgten diesem Beispiel am 17. Januar.

Was als deutliche Reiseerleichterung für die Schätzungen zufolge inzwischen mehr als 500.000 auf dem chinesischen Festland lebenden und arbeitenden Taiwaner gedacht war, erwies sich jedoch letztendlich zumindest ökonomisch als Flop. Die allein den Bürgern Taiwans vorbehaltenen Plätze der Charterflüge, die zwischen Ende Januar und Anfang Februar zwischen Shanghai und Taipei operierten, waren lediglich zu 70% ausgelastet. Neben der für längerfristig geplanten Heimreisen sehr kurzfristigen Genehmigung der Flüge durch die taiwanischen Behörden wurde auch die

Flugdauer der „direkten“ Flüge zwischen den beiden chinesischen Metropolen für die mangelnde Nachfrage verantwortlich gemacht. Taiwan hatte mit Rücksicht auf die politische Situation zwischen der Insel und der VR China darauf bestanden, dass die Maschinen in Hongkong oder Macau einen etwa fünfzigminütigen Zwischenstopp einzulegen hätten. Aus einem eigentlich nur etwa eine Stunde in Anspruch nehmenden Direktflug war so eine fünfstündige Flugreise geworden. Die einzige Erleichterung gegenüber der konventionellen Route Shanghai-Hongkong-Taipei, die insbesondere von taiwanischen in China lebenden Geschäftsleuten und ihren Angehörigen stark frequentiert wird, bestand darin, dass in Hongkong nicht die Maschine gewechselt werden musste; einer Zeitersparnis konnten sich die insgesamt 1.247 Fluggäste der Sondermaschinen nicht erfreuen.

Als deutlich populärer erwies sich auch in der Hauptreisezeit um das chinesische Neujahr die im vergangenen April als Teil der so genannten „drei kleinen Direktverbindungen“ eingerichtete Fährverbindung zwischen Xiamen und der der chinesischen Küste in einer Distanz von nur 2 km vorgelagerten taiwanischen Insel Jinmen, um von dort zur Hauptinsel Taiwan weiterzufliegen. Vom 26. Januar bis zum 10. Februar nutzten mehr als 7.500 Taiwaner diese bereits gut etablierte Verbindung.

Trotz der geringen Wirtschaftlichkeit der Charterflüge und der wesentlich besser angenommenen kombinierten See-Flugverbindung zwischen dem chinesischen Festland und Taiwan, waren die Diskussionen um weiterhin als Direktflüge bezeichnete Verbindungen der indirekten Art nach dem chinesischen Neujahr keineswegs beendet. Der in Taiwan noch im Februar neu aufgekommene und offensichtlich durchaus ernst gemeinte Vorschlag, direkte Flugverbindungen zwischen China und Taiwan über Okinawa einzurichten, muss aber wohl als Kuriosität verbucht werden, spiegelt dabei aber doch die bisweilen weltfremde Absurdität der Debatte wider. (CNAT online, 17.1.03, nach FBIS, 21.1.03; CNAT online, 27.1.03, nach BBC PF, 28.1.03; XNA, 27.1.03, 14.2.03; IHT, 1.2.03; ST, 11.2.03) -kg-

5 „Genosse“ Castro besucht Beijing

Maximo Leader Fidel Castro reiste Ende Februar zu einem Staatsbesuch nach Beijing. Zwar konnten traditionelle Bruderküsse beobachtet werden, und man redete sich gegenseitig mit Genosse an, doch viele Gemeinsamkeiten scheinen die beiden Länder nicht mehr zu vereinen. Zwar sprach Hu Jintao, der neue Generalsekretär der KPCh Castro gegenüber davon, China und Kuba teilten als sozialistische Staaten unter der Führung ihrer jeweiligen Kommunistischen Parteien sowohl gemeinsame Ideale als auch ein gemeinsames Schicksal. Castro schien da deutlich zurückhaltender, als er ausführte, dass er noch nicht recht schlüssig sei, was das denn für ein China sei, dass er gerade besuche, da er darin kaum das Land wieder erkenne, das er zuvor im Jahr 1995 besucht hatte.

Aus den sozialistischen Bruderstaaten von einst sind inzwischen Wirtschaftshilfegeber und -nehmer geworden. So wurde über den Inhalt der hinter verschlossenen Türen geführten Gespräche des Maximo Leader mit der chinesischen Staats- und Parteiführung wenig bekannt. Ein zentraler Punkt des Besuchs scheint jedoch die Unterzeichnung einer Vereinbarung zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern gewesen zu sein, die ein chinesisches Hilfspaket für Kuba im Umfang von mehreren hundert Millionen Dollar umfasst. (New York Times online, 28.2.03; XNA, 27.2.03) -kg-

6 Kroatien wird chinesisches Urlaubsziel

Deutsche Touristen werden sich an der kroatischen Adriaküste zukünftig vielleicht auf chinesische Nachbarn einstellen müssen. Die Grundlage für eine solche Entwicklung wurde jedenfalls kürzlich mit einem von He Guangwei, Direktor der chinesischen Tourismusbehörde, und Pave Zupan Ruskovich, kroatischer Tourismusminister, in Beijing unterzeichneten Memorandum gelegt. Kroatien wird damit seitens der chinesischen Regierung der Authorized Destination Status (ADS) zugestanden, der es chinesi-

schen Staatsbürgern erst erlaubt, das Land im Rahmen organisierter Reisegruppen zu rein touristischen Zwecken zu besuchen. Bevor der Strom der Touristen aus China fließen kann, sind jedoch noch die Einzelheiten zwischen den zuständigen Behörden beider Länder auszuhandeln.

Die Unterzeichnung des Memorandums geschah am Rande des Besuchs des stellvertretenden kroatischen Premierministers Goran Granic, der sich auf chinesische Einladung in Beijing aufhielt und dort u.a. Gespräche mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhu Rongji und Staatsratsmitglied Wu Yi führte. Geht es nach Kroatien, so sollen nicht nur chinesische Touristen das Land an der Adria besuchen. Auch chinesische Investoren seien höchst willkommen, hieß es. Von chinesischer Seite kamen keine konkreten Zusagen. Man begnügte sich mit dem Hinweis auf die allgemeine chinesische Politik, die ein Auslandsengagement chinesischer Entrepreneurere ausdrücklich begrüße und fördere. (XNA, 19.2.03) -kg-

Innenpolitik

7 Zweite Plenarsitzung des XVI. Zentralkomitees der KPCh widmet sich Verwaltungsreformen

Vom 24. bis 26. Februar hielt das im November 2002 neu gewählte XVI. Zentralkomitee (ZK) der KPCh in Beijing seine zweite Plenarsitzung ab. Die Sitzung war der abschließenden Vorbereitung wichtiger politischer Entscheidungen gewidmet, die auf dem am 5. März beginnenden X. Nationalen Volkskongress abgesegnet werden sollen.

Im Mittelpunkt der dreitägigen Sitzung, an der 191 der insgesamt 198 Vollmitglieder und 151 der insgesamt 158 Kandidaten des ZK sowie eine Reihe von Beobachtern teilnahmen, standen die geplanten Restrukturierungen im Verwaltungsapparat (vgl. C.a., 2003/1, Ü 7). In diesem Zusammenhang verabschiedete das Plenum zwei Dokumente, zum einen „Ansich-

ten über die Vertiefung der Reform der administrativen Verwaltungsstrukturen und -organe“, zum anderen ein „Programm zur Strukturreform des Staatsrats“.

Bezeichnend ist, dass die geplanten Verwaltungsreformen, bei denen es in erster Linie um die weitere Verschlan- kung der Staatsratsorgane geht, als integraler Bestandteil der auf dem XVI. Parteitag der KPCh im November anvisierten „politischen Reformen“ (vgl. C.a., 2002/12, S.1402-1412) diskutiert werden. Ziel der geplanten Maßnahmen sei es, so hieß es in offiziellen Medienberichten über die Plenarsitzung, den politischen „Überbau“ besser der wirtschaftlichen Basis anzupassen und damit das System der sozialistischen Marktwirtschaft zu vervollkommen. Insgesamt seien die Reformschritte ein wichtiger Teil der „politischen Strukturreform“ – offenbar ein vor allem auf administrative Effizienz bezogener Ansatz politischer Reformen. Hier wird die Diskrepanz deutlich, die offenbar zwischen verschiedenen Vorstellungen von „politischen Reformen“ besteht, wie sie von Teilen der chinesischen Parteiführung und von Außenstehenden vertreten werden.

Vage im Hinblick auf den demokratischen Reformgehalt blieben auch die Pläne für eine Aufwertung des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz, die auf der Plenarsitzung ebenfalls als Teil der geplanten „politischen Reformen“ diskutiert wurden. So wurde das System der Volkskongresse als „fundamentales“ (*genben*) Element und das System der „Mehrparteien-Kooperation“ und der politischen Konsultation im Rahmen der Politischen Konsultativkonferenzen als „grundlegendes“ (*ji-ben*) Element des politischen Systems Chinas bezeichnet. Es gelte, die beiden Elemente zu vervollkommen, um die „sozialistische demokratische Politik“ und die „sozialistische politische Zivilisation“ des Landes zu stärken – hier handelt es sich ebenfalls um Schlagworte des XVI. Parteitags. Gleichzeitig wurde freilich darauf verwiesen, dass die Führung der KPCh auf dem „Pfad der politischen Entwicklung chinesischer Prägung“ gewahrt bleiben müsse.

Neben diesen Fragen der Verwaltungsreform standen auf der Plenarsitzung die personalpolitischen Arrangements für den X. Nationalen Volkskongress zur abschließenden Debatte. Das Plenum nahm zwei Listen mit „Vorschlägen“ für die Besetzung führender Regierungsämter und für die Zusammensetzung des neuen nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz an. Beide Listen dürften Mitte März von den Delegierten des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz ohne große Differenzen bestätigt werden. (Xinhua, 21., 26.2.03, nach BBC PF, 22., 27.3.03; XNA, 22., 27.2.03) -hol-

8 Erneuter Anlauf zur Korruptionsbekämpfung

Die neue parteistaatliche Führung hat erneut einen Anlauf zur Bekämpfung der endemischen Korruption gemacht. Auf der zweiten Plenarsitzung der auf dem XVI. Parteitag im November 2002 neu gewählten Disziplin- kontrollkommission der KPCh vom 17. bis 19. Februar waren der gesamte Ständige Ausschuss des Politbüros und ein Großteil der sonstigen Mitglieder des Politbüros und der Zentralen Militärkommission anwesend. Offensichtlich ist die neue Führungsspitze bemüht, die Korruptionsbekämpfung als eine der obersten Prioritäten zu kennzeichnen.

Zunächst erstattete Wu Guanzheng, seit November 2002 Mitglied des Ständigen Ausschusses des neuen Politbüros und Leiter der Disziplin- kontrollkommission, einen Arbeitsbericht, in dem er die fortgesetzte Notwendigkeit einer effektiven Bekämpfung der Korruption herausstellte, da sie eine „extreme Gefahr“ für das politische System und das Land bedeute. Im Sinne der Verwirklichung des „Geistes des XVI. Parteitags“, der „Dreifachen Repräsentation“ und des „Aufbaus einer Gesellschaft von bescheidenem Wohlstand“ – Schlagworte der Parteitag- dokumente – müssten neue Mittel und Wege gefunden werden, um die Disziplin in den Reihen der KPCh zu wahren und eine „redliche Parteiverwaltung“ aufzubauen.

Konkretere Schritte formulierte Hu Jintao, der in seiner Funktion als neuer Generalsekretär der Partei eine